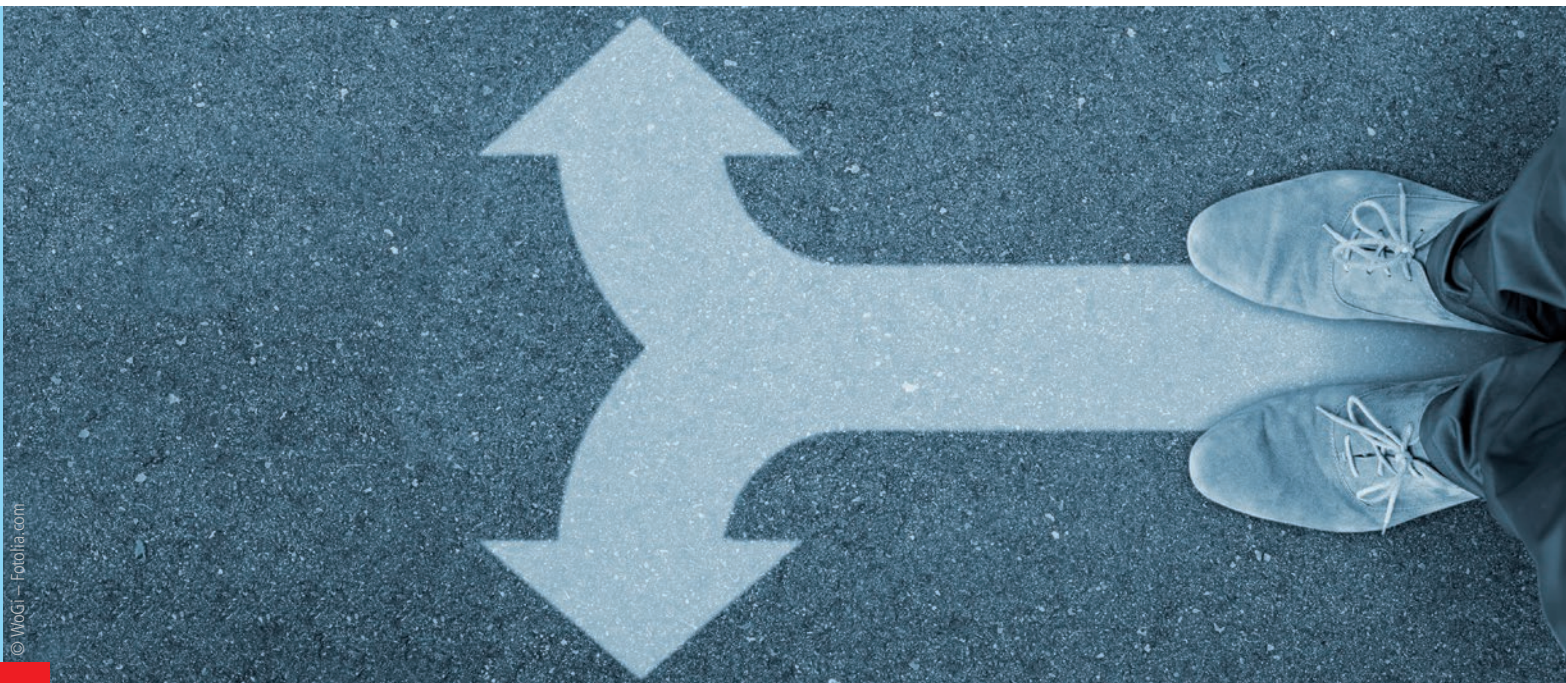




NEWSLETTER 09/2016

FORUM | MIGRATION



© WoGi - Fotolia.com

„Nicht infizieren lassen“

Die Auseinandersetzungen zwischen AKP-Anhänger_innen und -Gegner_innen spalten die Türkei. Was bedeutet das für Betriebe, in denen viele türkischstämmige Beschäftigte zusammen arbeiten? Der Betriebsrat Serhat Özdemir aus Emden berichtet.

Forum Migration: Herr Özdemir, in Ihrem Betrieb arbeiten viele türkischstämmige Beschäftigte. Macht sich die Entwicklung in der Türkei dort bemerkbar?

Serhat Özdemir: Natürlich. Bei uns arbeiten 650 Menschen, davon etwa 20 mit türkischem oder kurdischem Hintergrund. Ich habe zum Beispiel zwei Arbeitskollegen, wir sind eine Fahrgemeinschaft. Ein Araber aus der Türkei, ein Türke. Jeden Tag fahren wir gemeinsam mit dem Auto aus Leer nach Emden. Jetzt ändern sich die Meinungen. Der eine hatte vorher darüber nachgedacht, seine Kinder auf eine Gülen-Schule zu schicken – die islamistische Bewegung. Jetzt schimpft mein Kollege die ganze Zeit über die, er ist nun 100-prozentig auf Erdogans Seite. An allem, was in der Türkei schief läuft, ist für ihn nun Gülen schuld. Ich hingegen habe nach wie vor eine kritische Meinung zu Erdogan – und ich bin absolut gegen Gülen. Das werde ich auch nicht ablegen.

I Sie sind Betriebsrat. Erschweren solche politischen Diskussionen Ihre Arbeit?

I Nein. 2011 kam ich als Leiharbeiter zu WEC, als Eisenflechter. 2012 bin ich fest eingestellt worden. Danach habe ich sofort einen Betriebsrat gegründet. Das war ein großer Kampf. Ich bin zur IG Metall gegangen und habe gefragt: Wie könnt ihr mir helfen? Seit 2014 bin ich als Betriebsrat freigestellt. Alle wissen, dass ich AKP-kritisch bin. Viele deutsche Kollegen sind da allerdings noch kritischer als ich, für sie ist Erdogan ein Faschist. Was die türkischen Kollegen betrifft, so sehen wohl 90 Prozent die Dinge ähnlich wie ich. Andere hingegen sind AKP-treu. Ich gebe solchen Leuten aber auf keinen Fall einen Grund, dass dies unser Leben hier belastet, dass wir uns vom Konflikt in der Türkei infizieren lassen. Ich bin kurdischer Abstammung. Mit acht Jahren bin ich nach Deutschland gekommen. Hier ist das Land, in dem ich lebe, das ist für mich primär. Wir sind hier, wir müssen zusehen, dass wir hier alles klarhalten.

Serhat Özdemir, 48, ist IG Metall Mitglied und freigestellter Betriebsrat bei der WEC Turmbau in Emden.



Auf migration-online finden Sie die Langfassung des Interviews:
www.migration-online.de/forum_09_2016_serhat

INHALT 09/2016

„Nicht infizieren lassen“	1
„Manchmal muss man bremsen“	2
Neue Anerkennungs-Stipendien	2
Anerkennungs-News	2
DGB: EU-Bürger_innen nicht von Hartz IV ausschließen	3
Migrant_innen schaffen zwei Millionen Jobs	3
Wer engagiert sich für Flüchtlinge?	3
News + Termine	4
Arbeit ist der Schlüssel – Dr. Melanie Leonhard, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg	5



Porträt Anerkennung: Ruth Wilhelmi, IQ Consult

„Manchmal muss man bremsen“

Da war zum Beispiel dieser Arzt. Ein Afghane, Ende 50, Facharzt für Allgemeinchirurgie, jahrzehntelange Berufserfahrung. Ruth Wilhelmi hat ihn begleitet: In das Büro der Bezirksregierung Münster, in dem der Beamte sitzt, der entscheidet, ob und wie der afghanische Arzt auch hier in seinem Beruf arbeiten kann. „Ein bisschen traurig“, sagt Wilhelmi, sei es gewesen, als der Mann erfuhr, wie lang es dauern könnte, bis er in seiner neuen Heimat tun darf, was in seiner alten Heimat selbstverständlich für ihn war. Als er langsam erfasste, was Dinge wie „Fachsprachnachweis“ und „Gleichwertigkeitsprüfung“ für ihn bedeuten.

Dass Menschen wie dieser gestandene Chirurg diese Dinge verstehen – das ist die Arbeit von Ruth Wilhelmi. Sie ist Beraterin bei IQ Consult, einer Tochter des DGB Bildungswerk. Im April bezog sie ihren Schreibtisch in der ehemaligen Oxford-Kaserne in Münster. Hier hat einer der damals gestarteten, so genannten Integration Points in Nordrhein-Westfalen sein Büro. Beratungsstellen, in denen möglichst alle Akteure gebündelt sind, die beim Arbeitsmarkteinstieg für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen eine Rolle spielen: Kommunen, Ausländerbehörden, Arbeitsagentur, Beratungsstellen. „Alles soll nah beieinander sein“, sagt Wilhelmi, „dass sie nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen.“ Seit einiger Zeit ist es möglich, schon während des laufenden Verfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, also noch vor einer Entscheidung in die Vermittlung bei der Agentur für Arbeit aufgenommen zu werden. Voraussetzung ist, dass die Flüchtlinge aus einem Land mit „hoher Bleiberechtsperspektive“ stammen. Derzeit sind das Syrien, Iran, Irak und Eritrea. „Die schickt die Agentur für Arbeit dann zu uns“, sagt Wilhelmi. Ihre Beratungsstelle stehe aber auch allen anderen offen: „Wir beraten jeden“ – unabhängig von den Aussichten für das Asylverfahren.



„Vor allem zwei Probleme treten auf: Fehlende Deutschkenntnisse und fehlende Zeugnis-Dokumente. Dann suchen wir gemeinsam nach Wegen, die Kenntnisse nachzuweisen – etwa durch Kenntnisprüfungen, beispielsweise bei Ärzten. Da ist das Niveau wie beim deutschen Staatsexamen.“ Die mitunter Monate währenden Vorbereitungskurse zahlt teils das IQ Netzwerk. Hinzukommen die Deutschkurse, bei denen auch Fachsprachanteile gelernt werden müssen. Dies sei vor allem für Akademiker_innen aus dem arabischen Sprachraum teils nicht leicht, „vor allem wegen der Schrift“. Doch so unterschiedlich die Kenntnisse und die Ausgangslage sind: Alle Klienten seien „hoch motiviert, die wollen unbedingt arbeiten“, sagt Wilhelmi. „Manchmal muss man sie bremsen, weil bei uns nicht alles so schnell läuft.“

Neue Anerkennungs-Stipendien

Baden-Württemberg und Hamburg fördern die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ab sofort mit Stipendien. Antrags- und Kursgebühren, Übersetzungskosten, Lehrmaterialien, Lebenshaltungs-, Fahrt- und Kinderbetreuungskosten können damit bezahlt werden. So sollen die Chancen von Menschen mit ausländischen Abschlüssen auf eine angemessene Beschäftigung verbessert werden.

Baden-Württemberg übernimmt einmalig für eine konkrete Anerkennungsmaßnahme – 500, 800 oder 1.000 Euro. Insgesamt stellt die Baden-Württemberg Stiftung dafür zwei Millionen Euro bereit. Das Geld werde „unbürokratisch bewilligt“, versichert die Stiftung. Interessierte können sich dafür beim Inter-

kulturellen Bildungszentrum bewerben. Das neue Förderprogramm des Landes Hamburg besteht aus zwei Bausteinen: Für die Dauer einer Anpassungsmaßnahme von maximal 36 Monaten kann ein monatliches Stipendium in Höhe des elternunabhängigen BAföG gewährt werden. 50 Prozent der Summe werden monatlich als zinsloses Darlehen ausbezahlt, die übrigen 50 Prozent sind ein Zuschuss, der nicht zurückgezahlt wird. Weiterhin kann für Kosten, die im Zusammenhang mit der Anerkennung entstehen, etwa Gebühren für die Verfahren, Kurse oder Prüfungen, ein Zuschuss beantragt werden. Dessen maximale Höhe beträgt 12.000 EUR.

 Stipendium Baden-Württemberg <http://bit.ly/29X7IEe>
 Stipendium Hamburg: <http://bit.ly/2bbNSKE>



© contrastwerkstatt – Fotolia.com

Anerkennungs-News

Noch Abschlüsse aus der DDR anerkannt

238 Absolventinnen und Absolventen von Ingenieur- und Fachschulen der ehemaligen DDR haben sich seit dem Jahr 2013 in Mecklenburg-Vorpommern ihre Bildungsabschlüsse anerkennen lassen. „Ein anerkannter Abschluss weist eine Lebensleistung nach“, sagte Bildungs- und Wissenschaftsminister Mathias Brodtkorb (SPD). Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben dafür eine einschlägige Stichtagsregelung außer Kraft gesetzt: Absolvent_innen von Fach- und Ingenieurschulen können so eine Nachdiplomierung beantragen, wenn sie ihren Abschluss nach dem 31. Dezember 1990 erworben haben. In den anderen Ländern ist dies nur Absolvent_innen möglich, die zu diesem Zeitpunkt die Ausbildung bereits beendet hatten. „Alle, die dies noch nicht getan haben, rufe ich dazu auf, sich ihre Abschlüsse nachträglich anerkennen zu lassen. DDR-Abschlüsse sind in der Regel gleichwertig“, sagte Brodtkorb.

 <http://bit.ly/28J38es>

Kooperation mit Marokko

Deutschland und Marokko wollen bei der Anerkennung marokkanischer Berufsqualifikationen in

Deutschland enger zusammenarbeiten. Das vereinbarten Vertreter_innen der Industrie- und Handelskammern mit dem marokkanischen Bildungsministerium in Rabat. Eine entsprechende Vereinbarung der marokkanischen Partner mit der AHK soll bald unterzeichnet werden. Unter anderem sollen für ausgewählte Berufszweige, die in Deutschland als „Mangelberufe“ gelten, Anpassungsqualifizierungen vor Ort entwickelt und finanziert werden. Zudem können sich Interessierte schon vor ihrer Einreise nach Deutschland über die Anerkennungsmöglichkeiten beraten lassen. Diese Angebote der Kammern sind Teil des Projekts ProRecognition und werden außer in Marokko auch in Ägypten, China, Indien, Iran, Italien, Polen und Vietnam angeboten.

 <http://bit.ly/29PTIX7>

Beratungstag Anerkennung in Berlin

Für Fachkräfte und Unternehmen führt die IHK Berlin am 6. September einen Beratungstag Anerkennung durch. Ohne Terminvereinbarung erhalten Interessierte eine Erstberatung zu ihren Anerkennungsmöglichkeiten. Auf Wunsch werden Termine zur ausführlicheren Beratung vereinbart.

 <http://bit.ly/2baSqwm>



DGB: EU-Bürger_innen nicht von Hartz IV ausschließen

Der Anstieg bei der Zahl der Zuwanderer_innen hat auch die Zahl der Hartz-IV-Bezieher_innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit anwachsen lassen. Ende April stammten 26 Prozent der Hartz-IV-Bezieher_innen aus dem Ausland. Im Durchschnitt seien 7,7 Prozent der Deutschen auf Hartz IV angewiesen, bei ausländischen Staatsangehörigen seien es 18 Prozent, so die Bundesagentur für Arbeit. Die Pläne der Bundesregierung, die Ansprüche für EU-Bürger_innen einzuschränken, sind nach Meinung von Jurist_innen verfassungswidrig.

Insgesamt erhielten Ende April gut 1,54 Millionen ausländische Staatsangehörige Leistungen nach Hartz IV. Das waren 170.000 Bezieher oder 12,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der deutschen Hartz-Empfänger_innen ist dagegen um knapp 240.000 oder 5,2 Prozent auf 4,36 Millionen gesunken. Mit

rund 295.000 kamen die meisten ausländischen Empfänger_innen aus der Türkei. Es folgten Syrer_innen mit 242.000 und Pol_innen mit 92.000. Am stärksten gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei die Zahl der Hartz-IV-Empfänger_innen aus Eritrea und Syrien, die sich jeweils etwa verdoppelt haben. Der DGB hat derweil einen Gesetzesentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zur Beschränkung der Sozialhilfe für EU-Ausländer_innen kritisiert. Einem vom DGB in Auftrag gegebenen Gutachten zufolge verstoßen Nahles' Pläne gegen deutsches und europäisches Recht. „Sollte der Referentenentwurf so kommen, dürfte das letzte Wort in Karlsruhe gesprochen werden“, sagte DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Nahles Entwurf sieht vor, dass EU-Ausländer_innen weder Hartz IV noch Sozialhilfe beziehen können – es sei denn, sie haben durch eigene Arbeit Ansprüche

erworben. Erst nach fünf Jahren sollen die EU-Ausländer deutschen Leistungsbezieher_innen gleichgestellt werden. Bis dahin werden höchstens Überbrückungsleistungen gezahlt. Dies sei unvereinbar mit dem Recht auf die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, so die vom DGB beauftragten Sozialrechtlerinnen Stamatia Devetzi und Constanze Janda. Rechtswidrig sei außerdem, Eltern von Kindern aus EU-Ländern, die in Deutschland die Schule besuchten oder eine Ausbildung absolvierten und deshalb ein Aufenthaltsrecht hätten, von Sozialleistungen auszuschließen.

Nahles reagierte mit ihrem Entwurf auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in Kassel, das in mehreren Urteilen EU-Ausländer_innen nach einem Aufenthalt von sechs Monaten Sozialhilfe zugesprochen hatte.

Zum DGB Rechtsgutachten: <http://bit.ly/2bhhbbu>

Migrant_innen schaffen zwei Millionen Jobs

Etwa jeder 20. Erwerbstätige in Deutschland hat nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung durch Unternehmertum von Migrant_innen eine Arbeit. Rund 709.000 Selbstständige mit ausländischen Wurzeln haben demnach im Jahr 2014 zusätzlich zur eigenen Tätigkeit etwa 1,3 Millionen Menschen beschäftigt. Mit insgesamt zwei Millionen Erwerbstätigen leisteten Migrantunternehmer_innen so einen steigenden Beitrag zur deutschen Wirtschaft: Im Jahr 2005 lag die Zahl noch bei 1,5 Millionen. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen sei bis 2014 von 4,1 auf 5,0 Prozent gestiegen.

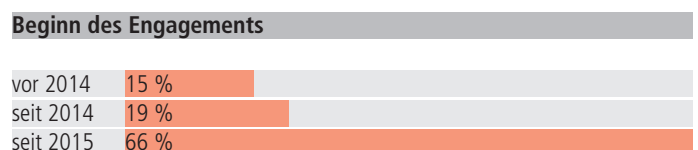
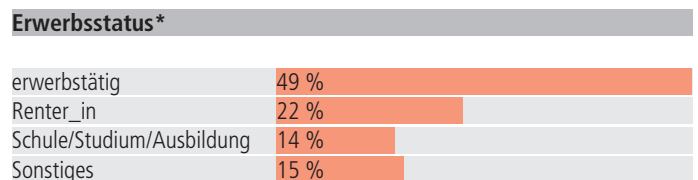
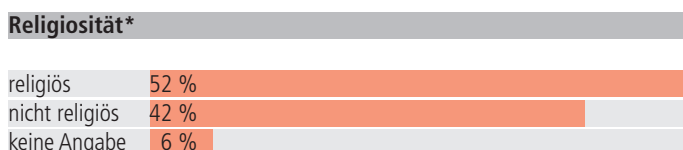
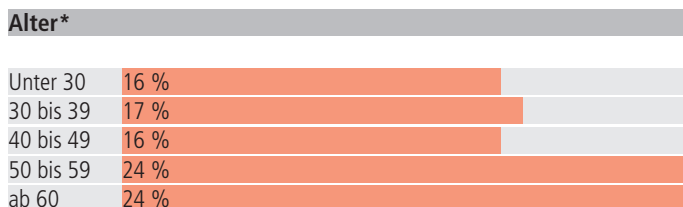
Fast die Hälfte der Selbstständigen ist im Dienstleistungsbereich, außerhalb von Handel und Gastronomie tätig. Der Anteil von Handel und Gastgewerbe sank seit 2005 deutlich auf 28 Prozent. Der Anteil der Selbstständigen unter den erwerbstätigen Migrant_innen ist der Studie zufolge mit zehn Prozent ähnlich hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (elf Prozent). Unternehmer_innen ohne ausländische Wurzeln schaffen aber im Durchschnitt mehr Arbeitsplätze: Auf jeden Selbstständigen mit Migrationshintergrund kamen 2014 rund 1,8 zusätzliche Jobs, während es bei allen Selbstständigen ohne Zuwanderungsgeschichte rund 2,8 geschaffene Arbeitsplätze waren.

Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagte, dass Migrant_innen-Unternehmen eine wichtige Eintrittspforte in den Arbeitsmarkt seien: „Die meisten Flüchtlinge finden ihren ersten Job eben nicht bei einem deutschen Mittelständler und stehen, wie es gern in der Öffentlichkeit vermittelt wird, im Blaumann an der blank geputzten Fräsmaschine.“ Studien über Karrieren früherer Flüchtlinge zeigten, dass über 60 Prozent ihren ersten Job über Familie, Verwandte und Freunde gefunden hätten.

Studie der Bertelsmann-Stiftung: <http://bit.ly/2aXMom0>

Wer engagiert sich für Flüchtlinge?

Forscher_innen haben die Willkommensinitiativen untersucht



* ab 2015 Engagierte

Quelle: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. <http://bit.ly/2bHL1pO>



News + Termine

Flüchtlinge: Vorrangprüfung in den meisten Arbeitsagentur-Bezirken ausgesetzt

Asylsuchende können künftig Stellen annehmen, ohne dass zuvor geprüft werden muss, ob arbeitslose Inländer_innen für diese infrage kommen. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat in 133 der 156 Bezirke der Bundesagentur für Arbeit die so genannte Vorrangprüfung ausgesetzt. Flüchtlinge, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, können so schon nach drei Monaten Aufenthalt Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Der Wegfall sei ein „weiterer Baustein für eine erfolgreiche Integration der Menschen, die zu uns kommen“, sagte Nahles. Die verbleibenden 23 Bezirke wurden wegen der angespannten regionalen Arbeitsmarktsituation ausgenommen.

<http://bit.ly/2aKLR6R>

Neue DGB Fachstelle „Migration und Gute Arbeit“

Schutz vor Arbeitsausbeutung von ausländischen Beschäftigten: Mit der neuen Fachstelle „Migration und Gute Arbeit“ baut der Deutsche Gewerkschaftsbund sein Beratungsangebot in Brandenburg aus. Die Fachstelle informiert Migrant_innen über ihre Rechte bei Lohn, Arbeitszeiten, Überstunden und Urlaub, sowie über sozialrechtliche Fragen. „Viele polnische Grenzgänger, aber auch rumänische und bulgarische Menschen arbeiten in der Landwirtschaft, der Fleischverarbeitung, auf dem Bau und werden oft zu nicht akzeptablen Bedingungen beschäftigt“, sagte Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg.

<http://bit.ly/2baYzbC>

Keine einseitige Bringschuld – ver.di Tagung zu Integration

Die Flüchtlingsmigration hat der Frage um die Ausgestaltung von Integrationspolitiken neues Leben eingehaucht. Aber wie müssen sich Strukturen und Institutionen verändern, wenn Integration nicht mehr als einseitige Bringschuld von Einwanderern gedacht wird? Dieser Frage geht die Migrationspolitische Tagung von ver.di nach. Teilnehmen sollen unter anderem der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske und die Integrationsbeauftragte des Bundes Aydan Özoğuz. Die Reisekosten für Gewerkschaftsmitglieder werden von den Landesbezirken, Hotelübernachtung und Tagungskosten von der ver.di Bundesverwaltung getragen. Stichwort [Tagung] an migration@verdi.de.

<http://bit.ly/2bhoz7G>

„Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.“ Interkulturelle Woche 2016

Für eine „starke und selbstbewusste Zivilgesellschaft“ steht nach Angaben der Veranstalter das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche, vom 25. bis zum 30. September. Die „Millionen von Menschen zu stärken, die sich für ein Zusammenleben in Vielfalt einsetzen“ sei das Ziel der rund 5.000 Veranstaltungen in mehr als 500 Städten und Gemeinden. Auch der Tag des Flüchtlings am 30. September ist Teil der Aktionswoche.

staltungen in mehr als 500 Städten und Gemeinden. Auch der Tag des Flüchtlings am 30. September ist Teil der Aktionswoche.

Programm: <http://www.interkulturellewoche.de>

Wegen Untätigkeit: Fast 6.000 Flüchtlinge klagen gegen das BAMF

Flüchtlinge sind mit der langsamen Bearbeitung ihrer Asylanträge unzufrieden und ziehen deshalb vor Gericht. Ende Mai waren bundesweit rund 5.800 so genannte Untätigkeitsklagen gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Verwaltungsgerichten anhängig. Das BAMF erklärte die steigende Zahl der Klagen mit der steigenden Zahl der Asylanträge: Im ersten Halbjahr habe sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt – auf knapp 400.000 Anträge.

Aufenthalt: Uni-Absolvent_innen nutzen

„Blaue Karte“ um in Deutschland zu bleiben

Der Blaue Karte genannte Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte wird überwiegend an Menschen ausgestellt, die zuvor auf anderem Weg, meist zum Zwecke der Ausbildung, nach Deutschland eingereist sind. Weniger als die Hälfte aller Blauen Karten (20.006) ging seit der Einführung des Aufenthaltstitels im August 2012 an Fachkräfte aus Drittstaaten, die zum arbeiten nach Deutschland kommen wollen. Für diese war die Blaue Karte ursprünglich gedacht. Die häufigsten Herkunftsländer waren Indien, China und Russland.

<http://bit.ly/2b8R62G>

Religionsunterricht: Rheinland-Pfalz setzt Verhandlungen mit Islamverbänden aus

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz lässt die Gespräche mit den islamischen Verbänden zur Regelung des islamischen Religionsunterrichts in dem Bundesland ruhen. „Wir wollen uns ein umfassendes Bild über die neue Situation in der Türkei und die direkten Folgen für unser Zusammenleben in Rheinland-Pfalz verschaffen“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Eine zentrale Frage sei die politische Einflussnahme des türkischen Staates auf die islamischen Verbände, die den Charakter als Religionsgemeinschaften gefährde.

Vielfalt Mediathek Filmtipp:

Nacht Grenze Morgen

Dokumentarfilm von Tuna Kaptan und Felicitas Sonvilla. Deutschland 2013

Zwei junge Männer arbeiten als Schlepper, sie schleusen Flüchtlinge nach Europa. Warum tun sie das? Der Dokumentarfilm „Nacht Grenze Morgen“ begleitet die beiden und bietet ungewöhnliche Einblicke in das Leben von Schleppern und ihren Motiven. Nominierung zum besten Film in der Kategorie „Student Documentary“ IDFA Amsterdam 2014 sowie weitere Auszeichnungen.

Sprachen: AR, TR, FA, Untertitel: EN, DE, ES, FR, TR

<http://www.vielfalt-mediathek.de/content/52/filme.html>

Bitte folgen: @ForumMigration

Das DGB Bildungswerk auf Twitter mit aktuellen Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 02. bis 03. September 2016

Teil II: 09. bis 10. September 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 09. bis 10. September 2016

Teil II: 16. bis 17. September 2016

Veranstaltungsort: Leipzig

Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Nord

Teil I: 16. bis 17. September 2016

Teil II: 23. bis 24. September 2016

Veranstaltungsort: Hannover

Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Teil I: 23. bis 24. September 2016

Teil II: 30. September bis 01. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Mainz

Baden-Württemberg

Teil I: 07. bis 08. Oktober 2016

Teil II: 14. bis 15. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Stuttgart

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

18. bis 23. September 2016

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Tagung: ANERKANNT! Gute Praxis für eine Anerkennungskultur in der Arbeitswelt

20. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

23. bis 28. Oktober 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

„... noch keinen Sklaven in Katar gesehen.“ Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert

13. bis 18. November 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Arbeit ist der Schlüssel



© Bina Engel

Kommentar von Dr. Melanie Leonhard, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg

Beginnen wir mit einem Fallbeispiel: Herr G. ist Apotheker aus Syrien, 24 Jahre alt. Er hat in seinem Heimatland Pharmazie studiert. Er lebt seit Februar 2015 in Deutschland und hat bereits als Ehrenamtlicher in der Kleiderkammer und in einer Apotheke gearbeitet. Nach Beratung durch die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung hat er bei der Gesundheitsbehörde einen Antrag auf Erteilung einer Approbation als Apotheker nach der Bundesapothekerordnung gestellt. Er möchte in Deutschland als Apotheker arbeiten. Die Prüfung seiner Unterlagen ist noch nicht abgeschlossen. Für die Anerkennung seiner syrischen Approbation benötigt Herr G. Kenntnisse der medizinischen Fachsprache. Deshalb wurde er im Rahmen des rechtskreisübergreifenden hamburgischen Vorhabens „W.I.R – work and integration for refugees“, das Hamburg gemeinsam mit den Partnern Arbeitsagentur und Jobcenter team.arbeit.hamburg durchführt, in ein Praktikum bei dem Pharmaunternehmen Beiersdorf vermittelt. Dieses parallel zum Deutschkurs stattfindende Praktikum wird ihn auf die Fachsprachprüfung vorbereiten. Nicht nur angesichts des demografischen Wandels und dem Ziel der Fachkräftesicherung setzte sich Hamburg schon vor der großen Flüchtlingsbewegung 2015 für die stetige Verbesserung einer zügigen Integration qualifizierter Fachkräfte in den Hamburger Arbeitsmarkt ein.

Im Juni 2012 trat das Hamburgische Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen (HmbBQFG) in Kraft. Sowohl dieses als auch die Berufsqualifikationsanerkennungsgesetze des Bundes und der Länder setzen EU-

Richtlinien über die Überprüfung und Anerkennung von Berufsqualifikationen um. Dieses Überprüfungsrecht gilt für alle – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Die wesentliche Neuerung und der echte Gewinn des Hamburgischen Gesetzes liegen darin, dass jede und jeder mit ausländischer Berufsqualifikation ein Recht auf deren Überprüfung und ggf. Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit mit einem entsprechenden deutschen Beruf hat.

Dabei ist unerheblich, ob die Person aus der EU kommt oder nicht. Das neue Anerkennungsrecht beinhaltet dabei schon seit 2012 eine Möglichkeit, die uns heute, bei der großen Zahl von zu integrierenden Geflüchteten, enorm hilft: Auch wenn Ausbildungspapiere verloren oder unvollständig sind, kann eine Anerkennung durchgeführt werden. Das obige Fallbeispiel zeigt, dass die Wege in den Arbeitsmarkt auch für gut qualifizierte Flüchtlinge nicht einfach sind. Um diesen Weg zu erleichtern, braucht es neben dem bestehenden Regelsystem zwei Institutionen, die Hamburg mit der Zentralen Anlaufstelle Anerkennung seit 2012 und mit dem Vorhaben W.I.R seit Herbst 2015 vorhält. W.I.R berät Geflüchtete sowohl lebenslagenbezogen als auch beruflich – unter anderem auch anerkennungsrechtlich durch eine Präsenz der Zentralen Anlaufstelle Anerkennung im W.I.R-Standort. 20 Prozent der Geflüchteten, die bereits eine Beratung in W.I.R erhielten, besitzen eine formale Berufsqualifikation. Für diese Gruppe berät die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung über geeignete Gleichwertigkeitsverfahren der zuständigen Behörden bzw. über noch notwendige Weiterbildungsmaßnahmen.

Der angeschlossene W.I.R-Unternehmensservice als Zusammenschluss der Handelskammer und Handwerkskammer Hamburg, des Unternehmensver-

bands Nord, des gemeinsamen Arbeitgeberservices von Arbeitsagentur und Jobcenter sowie der Freien und Hansestadt Hamburg, vermittelt die Teilnehmenden frühzeitig in Praktika, Ausbildung, Arbeit oder Studium. Die Zusammenarbeit aller Akteure unter einem Dach und die damit erreichte Kompetenzbündelung sowie die kurzen Wege für die zu beratenden Menschen haben sich bereits bei der Jugendberufsagentur Hamburg bewährt. Dieses Erfolgsmodell, das eine rechtskreisübergreifende Kooperation zum Prinzip hat, war die Grundlage für W.I.R und ist insbesondere für jene Menschen, die noch fremd im Land sind und sich im deutschen Behördenschwermel nicht auskennen, eine echte Hilfe.

Integration gelingt nicht mit dem bloßen Vorhandensein von Tisch und Bett, sondern durch einen frühen Zugang zum Spracherwerb, durch Kontakt mit den hier Geborenen, durch Qualifizierung und durch Arbeit. Gerade weil wir für die Arbeitsmarktintegration die Kompetenzen und Talente der zu uns geflüchteten Menschen erfassen müssen, brauchen wir effiziente und zugleich möglichst bürokratiearme Verfahren, die die Arbeitsvermittlung durch Jobcenter und Arbeitsagentur unterstützen. Mit W.I.R hat Hamburg ein solches Verfahren geschaffen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

